

The State of Europe

# Die Europa Rede



„Die Europäische Union  
muss Gesicht zeigen.“

9. November 2010 | Pergamonmuseum in Berlin



# Vorwort

Der Prozess der Einigung Europas braucht Fixpunkte, an denen das Europäische ebenso wie die permanente Arbeit am gemeinsamen Europa festgemacht werden können. Europa muss mehr als bisher seine spezifische Identität und Rolle kommunizieren. Beides ist zu wenig in der Aufmerksamkeit und Wahrnehmung der europäischen Bürgerinnen und Bürger angekommen.

*Die Europäische Union muss Gesicht zeigen.*

Dies ist der Anlass für „Die Europa-Rede“. Sie ist der Ort, wo sich die höchsten Repräsentanten der Europäischen Union – die Präsidenten des Europäischen Rats, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments – einmal im Jahr zum Stand der Europäischen Einigung zu Wort melden. Die Idee ist nicht eine weitere Rede von Politikern an Politiker, sondern die Stellungnahme der höchsten Verantwortungsträger gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Europas.

Und es ist selbst ein Projekt europäischer Bürger, getragen von drei Stiftungen, die sich von Deutschland aus für Europa engagieren und an Europa mitbauen möchten. „Die Europa-Rede“ soll Europa aufscheinen lassen, nicht die alltägliche politische Auseinandersetzung fortsetzen. Es ist die jährliche grundsätzliche Stellungnahme, warum die Betriebssamenkeit ihren Sinn hat und an was Europa sich aktuell orientieren sollte.

Dass die Rede in Berlin stattfindet, hat einen europäischen Grund: sie wird gehalten an der Stelle, wo sich mit dem Fall der Mauer die „zweite Geburt“ der europäischen Einigungsbewegung manifestiert. Der Fall der Mauer steht für die unerhörte europäische Chance, die Zukunft der Europäischen Union gemeinsam mit den ehemals hinter dem Eisernen Vorhang gelegenen Nationen in die Hand zu nehmen.

Das Datum der Rede orientiert sich deshalb am 9. November, dem Tag des Mauerfalls im Jahre 1989. Die Präsidenten des Europäischen Rats, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments halten die Rede jährlich abwechselnd an diesem Tag.

Der Präsident des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, hat am 9. November 2010 einen Auftakt bestritten, der uns Recht gegeben hat mit dem hohen Anspruch, den wir an „Die Europa-Rede“ gestellt haben. Mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, ist die zweite Rede für den 9. November 2011 vereinbart.

Die Zeichen stehen sehr gut für dieses neue Projekt, inhaltlich anspruchsvoll und überzeugend einmal im Jahr unsere Aufgabe für Europa und unsere Aufgehobenheit in Europa auf den Punkt zu bringen. Eine Grundsatzposition vorzustellen, die die aktiven, für Europa mitverantwortlichen Bürgerinnen und Bürger herausfordert. Wir freuen uns darauf!



**Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP**  
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung



**Dieter Berg**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
der Robert Bosch Stiftung



**Dr. Volker Hassemer**  
Vorstandsvorsitzender  
der Stiftung Zukunft Berlin

## Der Sieg der Freiheit

M

eine sehr verehrten Damen  
und Herren!

9. November – „Schicksals-  
tag der Deutschen“, nennt  
der Historiker Heinrich August

Winkler ihn zu Recht. Novemberrevolution, Reichs-  
pogromnacht, Mauerfall – viele schicksalsträchtige  
Ereignisse unserer Geschichte sind mit diesem  
Datum verbunden.

Ein Tag des Gedenkens und des Mahnens – an die  
unsäglichen Geschehnisse am 9. November 1938, an  
brennende Synagogen, verwüstete jüdische Geschäfte,  
Wohnungen und Friedhöfe, in Konzentrationslagern  
Inhaftierte und Ermordete. Das alles ist und  
bleibt Teil unserer Geschichte. Wir werden es niemals  
vergessen! Wir werden es niemals relativieren!

Gleichwohl sagen wir: Auch der 9. November 1989  
ist Teil unserer Geschichte. Mit ihm verbinden wir  
grenzenlose Freude im wahrsten Wortsinn. Friedliche  
Revolution und Mauerfall, das Ende der SED-Diktatur,  
der Fall des Eisernen Vorhangs, der Untergang des  
Kommunismus. Der 9. November 1989 – der Sieg der  
Freiheit – machte die Einheit unseres Landes mög-  
lich. Und die Einheit Europas! Er ist ein bedeutender  
Tag in der deutschen Geschichte – und von ebenso  
großer Bedeutung für die Geschichte Europas.

Die Stiftung Zukunft Berlin, die Robert Bosch Stiftung  
und wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, fühlen uns  
verpflichtet, die Bedeutung des 9. November 1989  
für die europäische Geschichte, für die Europäische  
Union, für das Zusammenwachsen der Völker Europas  
künftig stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen  
Aufmerksamkeit zu rücken und das Bewusstsein der  
Bürgerinnen und Bürger für den europäischen Einig-  
ungsprozess zu stärken.

Und so entstand die Idee zu dieser Veranstaltung, die  
Idee der „Europa-Rede“. Als Vorsitzender der Konrad-  
Adenauer-Stiftung ist es mir eine besondere Freude,

Sie zu unserer heutigen ersten „Europa-Rede“  
begrüßen zu dürfen. Im Pergamonmuseum, auf der  
Museumsinsel, im Herzen Berlins – der Stadt, die  
wie keine andere durch den Fall der Mauer zu einem  
Symbol der Einheit Europas geworden ist.

„Wir sind zu unserem Glück vereint!“ heißt es in  
der Berliner Erklärung, die Sie, verehrte Frau Bundes-  
kanzlerin, als Präsidentin des Europäischen Rates am  
25. März 2007 gemeinsam mit José Manuel Durão  
Barroso als Präsident der Europäischen Kommission,  
und mir als Präsident des Europäischen Parlaments  
unterzeichnet haben.



Am 9. November 1989 „begann eine Ära der Einig-  
keit, des Rechts und der Freiheit – in ganz Deutsch-  
land und in ganz Europa.“ So haben Sie, verehrte  
Frau Bundeskanzlerin, es vor genau einem Jahr hier  
in Berlin auf dem „Fest der Freiheit“ gesagt. Heute  
freuen wir uns, dass Sie uns die Ehre Ihrer Anwesen-  
heit geben und die einführenden Worte sprechen  
werden. Herzlich willkommen, liebe Angela Merkel!

Vom heutigen Tag an, wird es künftig alljährlich –  
am oder um den 9. November – „Die Europa-Rede“  
geben; gehalten von den höchsten Repräsentanten  
der Institutionen der Europäischen Union – des Euro-  
päischen Parlaments, der Kommission und des Rates.

Heute trifft Neues auf Neues: Unsere neue erste „Europa-Rede“ wird gehalten von dem Mann, der als Erster das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates inne hat. Er ist Christdemokrat, aus Flandern, studierter Betriebswirt und Philosoph. Seine Karriere nahm ihren Anfang in der Belgischen Nationalbank (1972-1975). Als Haushaltsminister (1993-1999) trug er entscheidend zum Euro-Beitritt seines Landes bei. Von Juli 2007 an war er Präsident der Abgeordnetenkammer des Belgischen Parlaments – bis zum 30. Dezember 2008; bis er Premierminister Belgiens wurde. Aus diesem Amt heraus wurde er schließlich am 1. Dezember 2009 zum Präsidenten des Europäischen Rates gewählt. Ein Brückenbauer, der konsolidiert und integriert, der unter schwierigsten Bedingungen Kompromisse auszuhandeln und Konsens zu erreichen vermag.

Verehrter Herr Präsident, lieber Herman Van Rompuy, wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind, dass Sie zu uns sprechen werden, dass Sie die allererste „Europa-Rede“ halten werden. Sie sind uns auf das Herzlichste willkommen!

Ebenso herzlich begrüße ich den Mann, der den Impuls für die Idee zu dieser Veranstaltung, zu unserer „Europa-Rede“ gab. Zweimal war er Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz (1981-1983; 1991-1996) und dazwischen für Kulturelle Angelegenheiten (1983-1989). Er ist Mitglied von „Bürger für Europa“ und seit 2006 Vorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin. Lieber Volker Hassemer, unser aller Dank gilt Ihnen, für Ihre Initiative, ohne die wir hier heute Abend wohl kaum zusammengekommen wären. Herzlich willkommen!

Und ich begrüße den Vertreter der dritten Stiftung in unserem Bunde, der das heutige Schlusswort sprechen wird, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung, Herrn Dieter Berg. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Ausdrücklich danken möchte ich der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und ihrem Präsidenten, Herrn Prof. Hermann Parzinger, für ihre Unterstützung beim Zustandekommen dieser Veranstaltung. Leider war es Herrn Prof. Hermann Parzinger nicht möglich, heute bei uns zu sein. Umso mehr freuen wir uns, dass der Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Herr Norbert Zimmermann, sowie der Generaldirektor



der Staatlichen Museen zu Berlin, Herr Prof. Michael Eissenhauer, unserer Veranstaltung beiwohnen.

Der Dank für die musikalische Begleitung des heutigen Abends geht an Herrn Prof. Jens Peter Maintz, Professor für Violoncello an der Universität der Künste Berlin, der für uns soeben ein Stück Johann Sebastian Bachs dargeboten hat und nachher, zum Ausklang, ein weiteres zum Besten geben wird.

Verehrter Herr Volker Hassemer, verehrter Herr Dieter Berg, in gemeinsamer Anstrengung ist es unseren Stiftungen gelungen, die heutige erste „Europa-Rede“ Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür danke ich Ihnen wie auch allen Beteiligten in unseren Stiftungen. Ich bin fest davon überzeugt: Gemeinsam werden wir es schaffen, die „Europa-Rede“ zu einem festen Bestandteil im Berliner Veranstaltungskalender werden zu lassen.

Und ich erlaube mir, auch gleich eine Ankündigung zu machen: Für die zweite „Europa-Rede“ – am 9. November 2011 – hat der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, bereits sein Kommen zugesichert.

„Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen.“ Sie alle kennen diesen schönen Satz Jean Monnets, Wegbegleiter Robert Schumans, Gründervater Europas und erster Ehrenbürger Europas. Ein wahrer Europäer – geboren 1888, vor 122 Jahren, am 9. November – ein wahrhaft europäisches Datum!

Verehrte Frau Bundeskanzlerin, ich darf Sie nun um Ihr Wort bitten!



## Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft

**E**uropa ist ein Gemeinschaftswerk – das nehmen drei renommierte Stiftungen sehr wörtlich. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Stiftung Zukunft Berlin haben sich zusammengetan, um die „Europa-Rede“ ins Leben zu rufen. Es freut mich, dass ich an dieser Sternstunde Europas teilnehmen kann, um gemeinsam mit Ihnen die erste Veranstaltung zu eröffnen. Aber Hans-Gert Pöttering wäre nicht Hans-Gert Pöttering, wenn er nicht schon für das nächste Jahr Vorsorge getroffen hätte. So macht man aus dem ersten Mal schon eine Tradition.

Meine Damen und Herren, was macht Europa aus? Wo steht Europa heute? Wohin steuert Europa? Aufschlüsse darüber will uns nun alljährlich die „Europa-Rede“ geben – und dies mit den höchsten Repräsentanten der Europäischen Union.

Wer wäre geeigneter als der erste ständige Präsident des Europäischen Rates und damit des jüngsten Organs der Europäischen Union, diese neue Vortragsreihe zu eröffnen? Unter dem Vorsitz des leidenschaftlichen Europäers Herman Van Rompuy nimmt der Europäische Rat seine Rolle als Taktgeber und Lenkungsgremium nun mit neuer Intensität wahr. Dafür möchte ich dir, lieber Herman Van Rompuy, ganz herzlich danken. Wir 27 sind alle nicht einfach. Deshalb heiße ich dich umso herzlicher hier vor dieser schönen Kulisse in Berlin willkommen.

Der Veranstaltungsort ist wunderbar, um über das zusammenwachsende Europa nachzudenken. Heute vor einem Jahr haben wir – Herman Van Rompuy war auch dabei – am Brandenburger Tor ein Fest der Freiheit gefeiert. Gemeinsam haben wir an die Öffnung der Mauer vor 20 Jahren gedacht.

Der 9. November erinnert uns an einen wahrhaft glücklichen Augenblick der deutschen und der europäischen Geschichte – an den Beginn einer Ära der Freiheit und Demokratie in ganz Deutschland und



Europa. Wir werden nicht vergessen, dass der Mauerfall und die Einheit unseres Landes ohne das mutige Eintreten vieler Menschen in Mittel- und Osteuropa für ein freieres und selbstbestimmteres Leben undenkbar gewesen wären. Für ihren Mut und ihren Freiheitswillen sind und bleiben wir Deutschen von Herzen dankbar. Genau deshalb ist der 9. November so ein guter Tag, um über Europa und über das Glück der europäischen Einigung zu sprechen.

Doch für uns Deutsche ist der 9. November auch ein Tag der Mahnung. Heute vor 72 Jahren fand in der Reichspogromnacht das dunkelste, das unfassbare und unbegreifbare Kapitel der deutschen Geschichte einen weiteren furchtbaren, sichtbaren Ausdruck: die systematische Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und vieler anderer Menschen.

So ist der 9. November der richtige Tag, um uns gemeinsam an ein Grundmotiv der europäischen Einigung zu erinnern, das es stets zu verteidigen gilt: die Freiheit, die ein Leben in Frieden und Menschenwürde möglich macht. Ohne Freiheit gibt es keinen Rechtsstaat. Ohne Freiheit gibt es keine Vielfalt und keine Toleranz. Freiheit ist die Grundlage für das im Innern einige und nach außen starke Europa.

Von diesen Gedanken haben sich die Gründerväter der Europäischen Union leiten lassen. Versöhnung, Frieden und Freiheit: das waren die großen Ziele,

denen sich die Europäer der ersten Stunde – unter ihnen Konrad Adenauer und Robert Schuman – nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs verschrieben hatten.

Diese Ziele haben nichts an Aktualität eingebüßt. Denn sie sind auch heute alles andere als selbstverständlich. Dazu müssen wir uns nicht nur die Geschichte Europas mit ihren Kriegen, Anfeindungen und Verwerfungen vor Augen halten. Wir können uns genauso heute in der Welt umsehen, um zu wissen, wie kostbar Frieden und Freiheit sind. Diese unschätzbare wertvollen Güter, die die Grundlage unseres Lebens in Wohlstand und sozialer Sicherheit bilden, können wir in Europa nur gemeinsam stärken und bewahren.

Ja, deshalb ist es richtig: Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft. Das ist uns immer wieder vor Augen geführt worden, zum Beispiel in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und auch in diesem Frühjahr in der Währungskrise. Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Wir, die Mitgliedstaaten und die Organe der Europäischen Union, wirken zusammen – jeder in seiner Zuständigkeit, aber getragen von Respekt und Solidarität, im Sinne unserer gemeinsamen Werte und unserer gemeinsamen Ziele.

Wir haben mit dem Vertrag von Lissabon die Aufgaben zwischen den verschiedenen Akteuren klar festgelegt: eine ideenreiche Kommission als Hüterin des Rechts und mit dem Monopol für Initiativen; ein starkes Europäisches Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union; ein Rat, der gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Gesetzgebung gestaltet und entscheidet; und ein Europäischer Rat, in dem die 27 Staats- und Regierungschefs zusammen mit dem Kommissionspräsidenten unter der Leitung von Herman Van Rompuy die Leitlinien der europäischen Entwicklung beschließen.

Wir sollten uns immer wieder bewusst machen: Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsmodell, unsere Art zu leben und zu wirtschaften, auch in Zukunft bewahren. Wir alle zusammen sind Europa. Keiner ist für sich allein europäischer als andere. Deshalb müssen wir abgestimmt und solida-



risch handeln – jeder in seiner Zuständigkeit, aber alle für ein gemeinsames Ziel. Das ist für mich die neue Unionsmethode.

Genau daran haben wir uns im Frühjahr orientiert, um die existenzielle Krise der Währungsunion abzuwenden. Es stand und steht schließlich mehr auf dem Spiel als die Stabilität unserer Währung. Es ging und geht um die Bewahrung und die Bewährung der europäischen Idee. Sich dessen bewusst zu sein, ist mir sehr wichtig. Denn Europa ist unsere Chance, auch in der Welt von morgen noch erfolgreich zu sein. Dazu gilt es eben auch, die Stabilität unserer gemeinsamen Währung dauerhaft zu sichern. Dies ist entscheidend für unsere Wirtschaftskraft, aber eben auch für mehr, nämlich für den sozialen Frieden in Europa und für den Zusammenhalt in Europa insgesamt.

Die Architekten der Wirtschafts- und Währungsunion konnten sich eine Krise, wie wir sie im Frühjahr hatten, gar nicht vorstellen. Heute wissen wir aber: Wir müssen bessere Vorsorge für die Zukunft treffen. Ich kann deshalb Herman Van Rompuy zu den Ergebnissen seiner Arbeitsgruppe nur gratulieren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten große Fortschritte gegenüber dem Status quo. Wir sollten sie rasch umsetzen: weil dadurch der Stabilitätspakt mehr Biss bekommt, weil künftig auch der Schuldenstand zu einem Defizitverfahren führen kann, weil Sanktionen früher und damit wirksamer verhängt werden können und weil wir im Falle stabilitätsgefährdender Politik einzelner Staaten früher gegensteuern können.

Wir brauchen auch einen gemeinsamen ständigen Mechanismus zur Krisenbewältigung. Für uns in Deutschland ist ganz wichtig, dass es auch weiterhin





das „bail out“-Verbot des Artikels 125 gibt. Deshalb werden wir einen Mechanismus befürworten, der nicht nur Steuerzahlern Lasten aufbürdet, sondern auch private Gläubiger – also diejenigen, die mit dem Verleihen von Geld Geld verdienen – an den Lasten der Krisenbewältigung beteiligt.

Ich will nicht so tun – das ist mir ganz wichtig –, als ob sich Deutschland nur als Lastenträger verstünde. Nein, wir sind uns in Deutschland sehr wohl bewusst, dass wir als Exportnation vom Euro in besonderer Weise profitieren. Und wir sind uns bewusst, dass ohne die europäische Einigung die deutsche Einigung wahrscheinlich nie hätte stattfinden können. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam agieren und dass wir uns bemühen, dieses Europa funktionsfähig zu gestalten, um bei Problemen die richtigen Antworten zu geben.

Es geht dabei sehr oft um Grundsätzliches. Wie wir die Frage nach einem stabilen Euro beantworten, entscheidet über Wohl und Wehe der Wirtschafts- und Währungsunion, über die Zukunft der Europäischen Union insgesamt und damit auch über unsere Zukunft hier in Deutschland. Das bedeutet: Wir brauchen die Glaubwürdigkeit unserer gelebten Werte und die Überzeugungskraft unserer wirtschaftlichen Stärke, um uns in einer globalisierten Welt zu behaupten.

Daher gilt: Nur wenn wir die Stabilität der Währungsunion langfristig sichern, können auch unsere Visionen für eine zukunftsstarke Europäische Union Wirklichkeit werden – die Vision von einer Union, die mit ihrem Lebens- und Sozialmodell, das Wettbewerbsfähigkeit und soziale Verantwortung vereint, dauerhaft erfolgreich ist; die Vision von einer Union, die ihre Interessen und Werte entschlossen, geeint und damit überzeugend in der Welt vertritt; die Vision von einer Union, die die großen Aufgaben unseres Jahrhunderts beherzt angeht – ob es nun um die Wahrung der Menschenrechte, die Sicherung von Frieden und Stabilität oder um den Umgang mit Ressourcen und den Klimaschutz geht.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Es ist der Auftrag an unsere Generation, dieses Glück zu schützen. Nur wenn wir im Sinne der gemeinsamen Methode, der Unionsmethode, vereint für unsere gemeinsamen Ziele handeln – jeder in seiner Verantwortung –, können wir diesem Auftrag gerecht werden.

Und nun bin ich gemeinsam mit Ihnen gespannt auf die Rede des Ratspräsidenten zur Lage der Union.

Herzlichen Dank.



„Die europäische Idee ist das erfolgreichste  
und freizügigste Projekt in der Welt seit 1945.“

Herman Van Rompuy

## Ein Vorhang ging auf

**I**ch fühle mich geehrt, hier und heute zu Ihnen zu sprechen. Zunächst, weil Sie mich als ersten Politiker eingeladen haben, die jährliche „Europa-Rede“ zu halten. Sodann, weil ich im Pergamon-Museum, und am 9. November zu Ihnen sprechen darf.

Wie viele historische Linien gehen von diesem Ort und von diesem Datum aus! Es fühlt sich an, als ob man von starken, alten Kräften in zwei Richtungen gedrängt wird. Die olympischen Götter vor und hinter uns, 2300 Jahre alt, führen uns in die griechische Zivilisation. Sie führen uns nach Pergamon mit seinen Tempeln, Fontänen, Bibliotheken und Theatern. Für jemanden, der ein humanistisches Gymnasium durchlaufen hat, ist es ein großer Augenblick, hier zu stehen!

Und dann dieser 9. November. Ein Tag, der in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts von so unterschiedlicher Bedeutung ist. Mit dunklen Momenten, aber natürlich auch mit dem Fest des Falls der Berliner Mauer, gleich hier in der Nachbarschaft. Die „Mauer der Schande“, die Umkehrung des griechischen Erbes, der Demokratie. In der Schule lernte ich die berühmte Umschreibung der Demokratie von Perikles, in der „die staatlichen Angelegenheiten nicht das Vorrecht einiger, sondern das Recht vieler“ sind. Auch deshalb lässt mich das Datum heute nicht kalt.

Ein bekannter deutscher Philosoph, Peter Sloterdijk, sagte vor dreizehn Jahren – ich zitiere: „Wenn Nationen als ganze Nervenzusammenbrüche erleiden könnten – es müßte im Falle der Deutschen an einem 9. November geschehen. Mit einer Regelmäßigkeit, die an einen Tick denken läßt, sind die Deutschen seit 1918 schon fast ein Jahrhundert lang an diesem Tag zur Stelle, wenn es darum geht, ihre Pflichten gegenüber der Geschichte, im guten wie im schlimmen, zu erfüllen.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> | Peter Sloterdijk, „Der starke Grund, zusammen zu sein“, Die Zeit, 2. Januar 2008.



Was für eine Serie.

- 1918: das Ende des Ersten Weltkrieges.
- 1938: die Reichskristallnacht, der Beginn eines Alptraums.
- 1989: das Ende des Kalten Krieges, der Beginn eines wiedervereinigten Deutschlands.

Für mich ist der 9. November 1989 das vielleicht wichtigste Scharnier, nicht allein für die deutsche, sondern für unsere jüngste europäische Geschichte. Es macht Berlin zur europäischen Stadt.

Vor nunmehr 21 Jahren fiel die Berliner Mauer. Manch einer von Ihnen war dabei, auf der einen oder der anderen Seite. Andere unter Ihnen waren noch gar nicht auf der Welt. Ich selbst war damals Vorsitzender meiner Partei. Ich erinnere mich noch, wie wir ein paar Monate nach dem Fall der Berliner Mauer mit den christdemokratischen Ministerpräsidenten Italiens und der Benelux-Länder in Salzburg Bundeskanzler Kohl trafen, um über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen. Ich spürte in diesem sehr kleinen Kreis dort, hoch oben in den Bergen, wie die Geschichte gegenwärtig war.

Vor dem Jahr 1989 hatte ich diese Seite der Mauer noch nie lebhaftig gesehen. Als ich etwa fünfzehn, sechzehn Jahre alt war, empfahl mir ein Lehrer, Karl Marx zu lesen. Dieser Rat mutete an unserer katholischen Schule recht merkwürdig an, doch mein Lehrer sagte: „Du wirst bestimmt kein Marxist!“ Er hatte

recht... In meinen Augen verleugnete der Kommunismus die europäischen Werte. So war ich, als ich – kurz vor dem Mai '68 – zur Universität kam, bereits immun gegen alle marxistischen und sonstigen „revolutionären“ Tendenzen. Auch später habe ich stets unbeirrbar an meiner antikommunistischen Überzeugung festgehalten.

Daher bedeuteten die Ereignisse des 9. November für mich, wie für uns alle, das Ende einer Ära voller destruktiver Ideologien. Diese Geschichte ist oft erzählt worden und muss weiter erzählt werden.

Der Fall der Mauer bedeutete jedoch nicht nur ein Ende (des Kommunismus), sondern auch einen Neuanfang. Er ist der Anlass, weshalb wir heute Abend hier versammelt sind. Der Fall der Berliner Mauer führte zu einer Bewegung in und für Europa. Unser geteilter, erstarrter Kontinent war in Bewegung geraten, der Wunsch nach Freiheit hatte Millionen von Menschen erfasst. Zuerst ergriff er die Menschen auf der Ostseite des Eisernen Vorhangs, der – wie Churchill es ausdrückte – „von Stettin nach Triest“ reichte. Sie konnten die Tyrannei abschütteln und sich den Wind der Freiheit um die Nase wehen lassen. Doch auch die Menschen auf der Westseite waren betroffen. So wehte der „Wind der Veränderung“ nicht nur von „Stettin bis Triest“, sondern auch von Cork bis Capri und von Stockholm bis Sevilla.

Bis 1989 stand die Europäische Gemeinschaft in erster Linie für wirtschaftliche Integration – der Binnenmarkt befand sich noch im Aufbau, Schengen steckte noch in den Kinderschuhen –, doch gab es jetzt neue Impulse für unser gemeinsames Abenteuer. Der 9. November hat die Europäische Union zu dem gemacht, was sie heute ist, und aus diesem Ereignis müssen wir auch Lehren für unser heutiges Handeln ziehen.

Bis 1989 befand sich ganz Europa, bildlich gesprochen, hinter einem Vorhang! In unserem Bewusstsein gab es auf der Weltkarte nur Ost und West. Auf dem imaginären Globus des Kalten Krieges spielte Europa selbst keine Rolle. Erst als der Vorhang 1989 aufging, kam das alte Europa aus den Kulissen hervor und betrat das Podium der Weltbühne, Schritt für Schritt, um

- seinen Raum auszufüllen,
- seine inneren Bande zu stärken,
- zu einer eigenen Stimme zu finden.

Dies sind die drei großen europäischen Themen, über die ich heute Abend zu Ihnen sprechen möchte: unser Raum, unsere Stärke, unsere Stimme.

Meine Damen und Herren, am Tag nach dem Mauerfall sprach Willy Brandt die berühmten Worte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Er meinte Deutschland, doch gilt dies auch für Europa. Auch wir sind „zusammengewachsen“. Es gab keinen Plan, aber es war auch kein historischer Unfall. Die Bewegung ging von der Bevölkerung aus, von unten – alles begann mit den Aufständen in Polen, Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei.

Was als Flucht vor der Tyrannei begann, entwickelte sich zur Freizügigkeit. Geschäftsleute und Studenten, Händler und Touristen, Männer und Frauen aus Ost und West: Sie alle begannen sofort nach dem Mauerfall, über alle Grenzen hinweg ihr Glück zu versuchen. Heute – nach dem Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU – ist diese Freizügigkeit ein verbürgtes Recht. Dabei ist sie mehr als ein fester Bestandteil einer Wirtschaftsunion. Ein Raum der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit, für rastlose Reisende ebenso wie für sesshafte Bürger: Das ist ein Zeichen von Zivilisation.

Erweiterung ist nicht nur ein bürokratischer Vorgang in Brüssel, sondern es geht auch darum, mit den Ereignissen seit 1989 Schritt zu halten. Indem sich die Union neuen Mitgliedern öffnete, ist sie vielleicht nicht „zusammengewachsen“, doch sie hat etwas getan, was genauso wichtig ist: Sie hat die Tatsache besiegelt, dass wir Europäer „zusammengehören“, dass wir eine Union sind.

Dieses Kapitel der Unionsgeschichte ist noch nicht abgeschlossen. In den ersten zehn Monaten meiner Amtszeit habe ich sieben westliche Balkanländer besucht, um ihnen zu versichern, dass sie eine europäische Perspektive haben. Sie wollen unserem Klub beitreten, nachdem sie zuvor eine Barbarei und Gewalt erlebt haben, die wir alle in Europa nach 1945 nicht mehr für möglich gehalten haben. Dies sollte für uns ein Beweggrund mehr sein, sie willkommen zu heißen. Warum? Weil es in fast allen Ländern, die inzwischen zur Europäischen Union gehören, zuvor heftige Umwälzungen gegeben hat, die noch in lebhafter Erinnerung sind.



Dies gilt für Deutschland, Frankreich und die anderen Gründerstaaten nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Es gilt auch für Griechenland, Spanien und Portugal nach dem Ende ihrer Diktaturen. Und es gilt für die ehemaligen kommunistischen Staaten, die sich nach dem Mauerfall zu uns gesellt haben. Bei jeder Erweiterung hat Europa die damit verbundenen Erschütterungen ausgehalten. Es hat sich als Anker der Stabilität erwiesen. Als sicherer Hafen des Wohlstands und der Freiheit. Als Garant des Friedens.

Der Beitritt der westlichen Balkanländer zur Union wird das Ende des letzten Bürgerkriegs in der langen Geschichte Europas besiegeln – nicht mehr und nicht weniger. Denjenigen, die behaupten, der Krieg liege so weit zurück in unserer Vergangenheit, dass Frieden kein wichtiges Thema mehr sei in Europa, kein Thema, von dem sich die jüngeren Generationen noch angesprochen fühlen, sage ich deshalb: Fahren Sie dorthin und fragen Sie doch die Menschen dort! Und fragen Sie auch die jungen Leute! (Die Kinder dort werden Ihnen erzählen, dass sie auf dem Feld ganz in der Nähe nicht Fußball spielen können, weil es vollkommen vermint ist....)

Eine nochmalige Erweiterung wird politischen Mut erfordern, auf beiden Seiten. Der Gedanke, neue Länder aufzunehmen, ist nicht in allen heutigen Mitgliedstaaten populär. Natürlich müssen die Bewerberländer alle Beitrittsbedingungen erfüllen und sich vollständig von ihrer Bürgerkriegsvergangenheit los-sagen. Die pro-europäischen Regierungen und Parteien dürfen ihre Begeisterung nicht verlieren. Die Bürger, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen, dürfen die Hoffnung nicht aufgeben. Die Länder dieser Region haben es verdient, dass wir ihnen helfen, ihren Weg nach Europa zu finden.

Warum haben diese Beitrittswellen zugleich den Vorhang beiseite geschoben, der ganz Europa verhüllte? Denken Sie nur an die beiden unterschiedlichen Bedeutungen des Wortes „Europa“: Einerseits unser wunderschöner Kontinent, unser reiches Kulturerbe, und andererseits das politische Gebilde namens EU. Das geografische und kulturelle Europa im Gegensatz zum politischen „E-U-ropa“. Und schauen Sie, was allmählich passiert.

Als sich damals in den 1950er Jahren gerade mal sechs Länder zusammenschlossen und sich den Namen „Europa“ gaben, war dies vielleicht ein wenig übertrieben oder vielmehr eine Anspielung auf das, was erst noch kommen sollte. Doch diese anfängliche Verheißung wird nun wahr! Dank der nacheinander erfolgten Erweiterungen wird die Europäische Union allmählich zur politischen Ausdrucksform unseres Kontinents. Seit 1989 finden wir allmählich zu uns selbst, wir wachsen in unsere Kleider hinein.

Wenn wir von Europa als einem Kontinent der Werte sprechen – und ich weiß, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, eine entschiedene Verfechterin dieser Idee sind –, dann meinen wir heute nicht mehr nur einen kleinen Teil Europas, auch nicht nur die Hälfte Europas, nein, wir meinen damit heute den gesamten Kontinent! Dies verleiht uns Glaubwürdigkeit!

Alle unsere Länder sehen sich mit einer neuen Vielfalt konfrontiert. Die Zeit der homogenen Nationalstaaten ist vorbei. Alle europäischen Länder müssen für unterschiedliche Kulturen offen sein. Wir haben aber nur eine Zivilisation, die in Demokratie, individuellen Rechten und Rechtsstaatlichkeit besteht. Neben der Vielfalt – und Vielfalt zählt sicher zu den Stärken unserer Gesellschaften – brauchen alle unsere Gesellschaften aber auch ein Gefühl der Gemeinsamkeit, der Zusammengehörigkeit. Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit kann auf gemeinsamen Werten beruhen, oder einer Sprache, einer gemeinsamen Geschichte, dem Willen, zusammenzuleben (wie Ernest Renan es ausgedrückt hat). Und dieser Wille erwächst in erster Linie aus den Geschichten, die wir einander erzählen.

Denken Sie nur an die alten Griechen: Die Geschichten Homers haben Bande geknüpft, die die Jahrhunderte überdauert haben. Sie ziehen uns auch heute Abend in ihren Bann. Es können Geschichten sein von Krieg und Frieden, von olympischen Erfolgen oder

übermenschlicher Aufopferung, von einem Gefängnis, das gestürzt, oder einer Mauer, die zum Einsturz gebracht wurde. Solche Geschichten vollbringen, was eine Abhandlung über „Werte“ nicht vermag: Sie vermitteln in verständlicher Weise „Tugenden“, Tugenden, die Männer und Frauen im wirklichen Leben an den Tag gelegt haben: Mut, Respekt, Verantwortungsgefühl, Toleranz, Gemeinsinn. Diese europäischen Tugenden zu bewahren und das, was sie von alters her ausmacht, an unsere Kinder und Kinderkinder weiterzugeben, ist eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Wir müssen eine Union der Werte sein, aber auch eine Union der Zivilcourage.

### Innere Stärke

Ich möchte nun zum zweiten Thema unserer europäischen Geschichte kommen, das begann, als der Vorhang aufging. Ich spreche vom Euro: dem großen Einheits- und Stabilitätsbringer. Stellen Sie sich nur kurz vor, bei der großen Rezession 2008/2009 hätten wir noch die alten Währungen gehabt. Währungsturbulenzen und das Ende des Binnenmarkts wären das Resultat gewesen! Ein Währungskrieg endet immer in Protektionismus.

In diesem Frühjahr, als die Krise der Staatsverschuldung ihren Höhepunkt erreicht hatte, sagten Sie, Frau Bundeskanzlerin: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Diese Worte haben sich uns eingeprägt. Mit diesem Satz haben Sie deutlich gemacht, welche Erkenntnis der Einführung einer einheitlichen Währung zugrunde lag. Diese Erkenntnis lautete: Mit der Einführung einer gemeinsamen Währung treiben wir den Aufbau Europas voran. Nach dem Fall der Mauer – als ein Konflikt zwischen dem neuen Deutschland und seinen Partnern möglich schien – haben die Staatsmänner von 1989 – Helmut Kohl, François Mitterand, Jacques Delors und die anderen – die Geschicke Europas in die Hand genommen und die Pläne für eine einheitliche Währung beschleunigt. Dies war die große Errungenschaft des Vertrags von Maastricht.

Seither sind die Geschicke Europas und des Euro eng miteinander verknüpft. Der Euro ist das sichtbarste und greifbarste Zeichen für unser gemeinsames Schicksal. Er ist zugleich unser stärkstes Instrument. Eine gemeinsame Währung zu haben, bedeutet, dass die Entscheidungen eines einzigen sich auf alle aus-

wirken. Wie, das haben wir gesehen! In diesem Frühjahr wurde die Krise eines Landes, das 10 Millionen Einwohner zählt, zur Krise von 350 Millionen Menschen; Anfang Mai wuchs sich die Krise sogar zur weltweiten Bedrohung aus.

Was mit den Renten und Schulden in einem Land geschieht, wirkt sich auf die Banken und Steuerzahler in einem anderen Land aus. In guten wie in schlechten Zeiten. Was Athen wehtut, schadet auch Amsterdam; und wenn Barcelona aufblüht, geht es auch Berlin gut. Nationale und europäische Interessen lassen sich nicht länger voneinander trennen; sie decken sich.

Bis vor einem Jahr war all dies nur Wissen – theoretisches Wissen. In der Frühjahrskrise wurde es zur Erfahrung – einer unvergesslichen Erfahrung. Heute müssen wir nach dieser Wirklichkeit handeln – und zwar verantwortlich. Deshalb hat der Europäische Rat vor zwei Wochen wichtige Beschlüsse gefasst: Wir haben einen soliden Pakt zur Stärkung des Euro geschlossen.

Unsere Beschlüsse – und ich denke insbesondere an die Empfehlungen meiner Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“ – stellen sicher, dass jeder Mitgliedstaat sich bewusst ist und einsieht, dass seine Entscheidungen sich auf alle anderen Mitgliedstaaten wie auch auf die Union als Ganzes auswirken. Währungspolitische Einheit kann ohne Wirtschaftsunion keinen Bestand haben.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr erfreut, dass der Europäische Rat am 29. Oktober das Endergebnis der Arbeitsgruppe gebilligt hat. Dies ist ein gewaltiger Sprung nach vorne. Lassen Sie mich die drei entscheidenden Punkte nennen.

■ **Punkt Eins:** Wir werden die Volkswirtschaften unserer Länder, ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Risiken von Immobilienblasen und andere Anfälligkeiten stärker im Auge behalten. Wir werden erforderlichenfalls handeln und Korrekturen vornehmen. Das ist wirklich etwas Neues! Hätten wir im ersten Jahrzehnt des Bestehens des Euro dieses Instrument zur Hand gehabt, dann hätten wir eine Krise im Euro-Währungsgebiet abwenden können.

■ **Punkt Zwei:** Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstärken, so dass die haushalts-



politische Verantwortung beträchtlich erhöht und Verantwortungslosigkeit bestraft wird. Sanktionen werden früher ergriffen, besser begründet sein und leichter beschlossen werden können. Einige Menschen sind enttäuscht, dass es nicht mehr „Automatismus“ bei der Beschlussfassung gibt. Mehr „Automatismus“ ist aber genau das, was wir mit der sogenannten umgekehrten Mehrheit vorschlagen! Dies ist ein Durchbruch.

■ **Punkt Drei** (und die Kanzlerin hat darüber bereits gesprochen): Wir werden „einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet“ einrichten. Als Präsident des Europäischen Rates werde ich Konsultationen mit den Staats- und Regierungschefs sowie dem Präsidenten der Kommission über die dafür erforderliche begrenzte Vertragsänderung führen. Wir alle möchten bis 2013 ein solides und glaubwürdiges System einführen. Dazu sind wir verpflichtet.

Zusammen genommen stellen diese Vorschläge die größte Reform der Wirtschafts- und Währungsunion seit Einführung des Euro dar. Sie werden unsere Volkswirtschaften krisenfester machen. Auf diese Weise werden wir das 1989 begonnene Gebäude vervollständigen. Nicht, indem wir in ein neu gebautes Luftschloss einziehen, sondern indem wir unsere Fundamente verstärken.

Im echten Geiste des Lissabonner Vertrags haben alle Organe und die Mitgliedstaaten hieran mitgewirkt. Dies ist ein exzellentes Beispiel für das, was die Kanzlerin vergangene Woche in Brügge – und auch heute wieder – als „Unionsmethode“ bezeichnet hat. Um so große Fortschritte in so kurzer Zeit zu erzielen, ist die „Unionsmethode“ der beste Weg. Für eine nicht im Vertrag vorgesehene Krise ist sie sogar der einzige Weg. So bringt uns der Euro nun Stabilität. Aber wir brauchen auch Fortschritt. Wenn wir gerade in einer Welt in Bewegung nur in Konstanz verharren, werden wir dem Niedergang entgegengehen. Wir brauchen auch mehr strukturelles Wirtschaftswachstum.

In den meisten europäischen Ländern – die demografisch nicht wachsen, wie besonders Deutschland – rührt das Wirtschaftswachstum im Wesentlichen daher, dass mehr gearbeitet wird oder aber dass die Produktivität und die Qualität der Arbeit erhöht werden. Indem nämlich bessere Autos oder wettbewerbs-



fähigere Maschinen hergestellt oder intelligentere Dienstleistungen entwickelt werden. Geschieht also nichts, werden wir zu einem großen Museum, aber nicht zu einem, das Sie und ich so mögen würden – wie dieses hier!

Reformen, die sich auf die Arbeitsmärkte oder Rentensysteme richten, sind im Wesentlichen von den Mitgliedstaaten durchzuführen. Die Europäische Union kann Leitlinien, besonders im Euro-Währungsgebiet, vorgeben, aber die Umsetzung erfolgt „dezentral“. Dies ist eben das Subsidiaritätsprinzip. Im Normalfall kann die Union die Lage beobachten und den Mitgliedstaaten Empfehlungen für ihre öffentlichen Haushalte und Schulden geben, aber sie kann ihnen keine konkreten Maßnahmen auferlegen. Nur wenn die Politik eines Landes Risiken für das Euro-Währungsgebiet in seiner Gesamtheit auslöst, können – sogar in einem frühen Stadium – Sanktionen verhängt werden.

Im Europäischen Rat ist das Wirtschaftswachstum ein Leitmotiv seit der ersten von mir geleiteten Tagung im Februar 2010. In den nächsten Monaten will ich im Europäischen Rat das Doppelthema Innovation und Energie aufgreifen. Die dieser Thematik gewidmeten Tagungen sind feste Komponenten in einer langfristigen Wirtschaftsstrategie. Im März werden wir erstmals – im Rahmen des sogenannten europäischen Semesters – die Anstrengungen aller Mitgliedstaaten zur Umsetzung der auf Wachstum und Beschäftigung gerichteten Strategie „Europa 2020“ bewerten. Und lassen Sie uns besonderen Nachdruck darauf legen: Wachstum und Beschäftigung, das ist unser Ziel.

Die Menschen klagen bisweilen über einen Mangel an politischem Mut in der heutigen Zeit (wobei sie



davon ausgehen, dass diese Tugend vor ein oder zwei Generationen im Übermaße vorhanden war!). Ich für meinen Teil war in diesem Jahr ehrlich beeindruckt vom politischen Mut unserer Regierungen, die ausnahmslos zu höchst unpopulären Mitteln greifen, um die Wirtschaft und ihre öffentlichen Haushalte zu reformieren, und das in Zeiten eines zunehmenden Populismus. Einige Regierungschefs sehen sich dabei mit Widerstand seitens der Parlamente, mit Straßenprotesten und Arbeitsniederlegungen (oder auch mit allem gleichzeitig!) konfrontiert, und sie sind sich in vollem Umfang der großen Gefahr einer Wahlniederlage bewusst. Dennoch geben sie nicht nach. Was ist politischer Mut, wenn nicht das?

Wir werden die innerhalb des Euro-Währungsgebiets bestehenden Unterschiede überwinden, die für die Euro-Krise ursächlich waren. Die heutigen divergierenden Wirtschaftswachstumsraten sind den – in Ländern mit Problemen ergriffenen – einschneidenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen geschuldet, aber all dies wird nur vorübergehend sein. Es wird nur wenige Jahre dauern, und wir werden wieder konvergenter sein, nicht nur in der Politik, sondern auch in den Zahlen! Und um meine deutsche Zuhörerschaft zu beruhigen: Es geht hier darum, aufzuholen, und nicht darum, zurückzufallen!

Meine Damen und Herren, der Euro ist heute stärker, als er es noch vor wenigen Monaten war, und das ist eben unserer politischen Entschlossenheit zu verdanken. Ich möchte hier in Berlin die herausragende Rolle würdigen, die die deutsche Kanzlerin und ihre Regierung seit Beginn der Euro-Krise gespielt haben.

Die deutsch-französische Freundschaft ist für das Euro-Währungsgebiet eine grundlegende, wenn auch keine hinreichende Bedingung für den Erfolg. Denn die Bedenken aller sollten Gehör finden. Es ist meine Rolle, hierauf zu achten. Und dies geschieht ja auch so. Zusammenarbeit ist das Leitmotiv und ist stets mein politisches Lebensmotto gewesen – nicht zuletzt, als ich in der belgischen Politik tätig war.

Meines Erachtens ist die begrenzte Vertragsänderung, auf die sich die Staats- und Regierungschefs vor zehn Tagen verständigt haben, durchaus wichtig, aber sie sollte nicht zum Anlass genommen werden, die „interne Debatte“ über die Wesensart, das Ziel und die Architektur der Union neu aufzurollen: Wir haben Dringenderes zu tun.

Aus dem gleichen Grund glaube ich nicht, dass die Neukonzipierung der Art und Weise, wie die EU ihre Einnahmen sichert, eine oberste Priorität darstellt. Das gegenwärtige System spiegelt normalerweise das Zahlungsvermögen der einzelnen Mitgliedstaaten wider. Die Beiträge sind nach dem Bruttonationaleinkommen bemessen und gelten deshalb als gerecht. Einige haben vorgeschlagen, dieses System durch eine direkte EU-Steuer – beispielsweise auf Finanzgeschäfte oder auf CO<sub>2</sub> – zu ersetzen. Solche echten „Eigenmittel“ – so wird argumentiert – würden die Brüsseler Organe „verantwortlicher“ machen. Ich für meine Person stehe neuen Gedanken aufgeschlossen gegenüber, aber da die meisten alternativen Einkommensquellen das Risiko bergen würden, die Mitgliedstaaten in ungleicher Weise zu treffen, würde das derzeitige System an Gerechtigkeit, an seiner automatischen Solidarität einbüßen. Seien wird deshalb vorsichtig, aber lassen Sie uns darüber diskutieren.

Wichtiger jedoch ist die Frage, wie wir das europäische Geld ausgeben. Wir müssen uns auf Bereiche konzentrieren, in denen europäische haushaltspolitische Entscheidungen durch Vermeidung von Überschneidungen oder durch Größenvorteile einen Mehrwert für die Steuerzahler erbringen können.

### Eine Stimme in der Welt

Damit komme ich schließlich zum dritten Thema unserer Geschichte, das auch hier in dieser Stadt vor 21 Jahren ihren Anfang nahm. Wie ich bereits sagte, haben wir seit diesem Freudentag, als über ganz Europa der Vorhang aufging,

- den Rest unseres Kontinents (dank der Erweiterungen) nach und nach in unseren Klub aufgenommen,
- unsere innere Stärke ausgebaut (vor allem dank des Euro)
- und schließlich drittens unserer Stimme auf der Weltbühne mehr Gewicht verliehen.

Auch in dieser Hinsicht war 1989 ein Wendepunkt. Die Veränderungen in der Welt haben uns gezwungen, wachsende Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu übernehmen. Nach dem Kalten Krieg sind wir aus dem Winterschlaf aufgewacht. Wir sind seither nicht nur für gemeinsame Prinzipien eingetreten, sondern wir haben auch unsere gemeinsamen Interessen definiert und verteidigt. Und an alle, die mit Selbstgefälligkeit oder Masochismus von einem

„Niedergang Europas auf der Weltbühne“ sprechen, richte ich einfach die Frage: Wo war denn Europas Platz auf der Weltbühne vor dem Jahr 1989?

Aber nicht nur WIR haben uns seit diesem Zeitpunkt verändert. Schauen Sie sich die Welt von heute an! Es gibt sie nicht mehr, die Unterteilung in West und Ost, mit einer Dritten Welt, die in der Ecke steht, und wir in den Kulissen. Diese alten Kategorien gehören der Vergangenheit an. Die beeindruckenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die wir „Globalisierung“ nennen, haben nicht nur hunderte Millionen Menschen aus der Armut herausgeführt, sondern auf diese Weise auch eine neue Landkarte entstehen lassen. So reduziert sich die Dritte Welt nahezu auf weite Teile Afrikas, während fast ganz Asien mit China und Indien neues Selbstbewusstsein an den Tag legt, und dasselbe gilt auch für Südamerika. Dies ist die globale Bühne, auf der Europa agieren muss.

In dieser neuen Welt, die noch so manche Überraschung für uns bereithalten dürfte, müssen wir unseren Platz erobern und ausfüllen. Den Staats- und Regierungschefs kommt eine zukunftsweisende Rolle zu, nämlich gemeinsam die strategischen Interessen der Union zu definieren, über die Prioritäten zu entscheiden und unsere gemeinsame Ausrichtung festzulegen. Lassen Sie mich abschließend einige Entwicklungen kurz zusammenfassen.

■ **Erstens:** Macht und Einfluss in der Welt werden heute zunehmend von der Wirtschaft und weniger von Waffen bestimmt. Bei den jüngsten regionalen Konflikten wie etwa in Irak und Afghanistan hat sich klar und deutlich gezeigt, dass der Einsatz militärischer Mittel an seine Grenzen stößt. Die aufstrebenden Mächte ziehen daraus auch die Lehre, dass sie – ohne das Risiko, sich selbst zu isolieren – nicht auf ihre wachsende militärische Stärke bauen können. Darüber hinaus wird bei einem gegenwärtigen Weltwirtschaftswachstum von rund vier Prozent der Druck auf die Preise für Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe zunehmen. Der Zugang zu diesen Grundprodukten wird ein ganz entscheidender Faktor in den kommenden Jahrzehnten sein. Als eine Union müssen wir unsere Interessen in dieser sich wandelnden Welt verteidigen.

■ **Zweitens:** Diese zunehmend globalisierte Welt verlangt nach einer stärkeren globalen Ordnungspolitik.

Daher muss die G20 auch eine mehr politische Führungsrolle übernehmen. Zwei wichtige Reformen befinden sich in der Sackgasse: die sogenannte Doha-Runde für die Weiterentwicklung des Freihandels in der Welt sowie die Folgemaßnahmen zur Kopenhagener Klimakonferenz. Glücklicherweise haben die Finanzminister im vergangenen Monat eine Einigung über die Reform des Internationalen Währungsfonds erzielt. Das internationale Währungssystem in seiner derzeitigen Form funktioniert jedoch nicht mehr reibungslos.

Nur marktorientierte Wechselkurse könnten die Eckdaten einer Wirtschaft korrekt widerspiegeln und einen fairen Wettbewerb zwischen Ländern und Währungsgebieten sicherstellen. Auch müssen die wirtschaftlichen Eckdaten, etwa niedrige Inflationsraten und geringe Defizite, auf soliden Fakten beruhen. Andernfalls taucht wieder die Gefahr des Protektionismus auf. Der Übergang zu einem flexibleren Wechselkurssystem und zu soliden Eckdaten wird sich nur schrittweise vollziehen, aber er ist notwendig. Deshalb zählt er auch zu den zentralen Themen des G20-Gipfels, der in dieser Woche in Seoul stattfindet (und auf dem die Bundeskanzlerin und ich uns wieder begegnen werden!)

■ **Drittens:** Die Europäische Union möchte die politische Rolle der neuen aufstrebenden Wirtschaften anerkennen. In diesem Bestreben haben die Europäer die G20 auf höchster Ebene eingerichtet und im Zuge der IWF-Reform zwei europäische Sitze aufgegeben. Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass diese aufstrebenden Länder ihrerseits mehr Verantwortung für die Weltwirtschaft übernehmen und einen aktiveren Beitrag zur globalen Ordnungspolitik leisten sollten. Ich hoffe, dass diese Länder einsehen werden, dass es problematisch ist, zugleich die Rechte eines unterentwickelten Landes und die einer fortgeschrittenen Wirtschaft für sich in Anspruch zu nehmen.

In dieser im Wandel begriffenen Welt muss sich die Europäische Union noch weiter anpassen. Wir müssen unser ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Unsere Beziehungen zu strategischen Partnern müssen auf Gegenseitigkeit und gegenseitigem Nutzen beruhen. Beginnen wir dort, wo wir am stärksten sind: Werfen wir unser wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale. Im IWF sollten die Länder des Euro-Währungsgebiets eng zusammenarbeiten. Eines Tages



sollten wir es zu einem mächtigen Euro-Sitz im IWF bringen, der der Stärke unserer gemeinsamen Währung angemessen ist.

Wenn wir eine bedeutende Stellung in der Welt einnehmen wollen, müssen alle 27 Mitgliedstaaten und die EU-Organen dieselben Kernbotschaften aussenden. Diese müssen nicht zwangsläufig mit einer Stimme ausgesprochen werden, aber es muss dieselbe Botschaft sein, die alle 27 Länder vermitteln. Der Lissabonner Vertrag gibt uns hierfür das erforderliche politische und diplomatische Instrumentarium an die Hand. Nachdem das erste Halbjahr im Krisenmanagement-Modus durchlaufen wurde, hat der Europäische Rat in diesem Herbst damit begonnen, strategische Leitlinien vorzugeben. Von nun an werden wir auf jeder Tagung über die auswärtigen Beziehungen sprechen.

Kurzum: Der Vorhang ist aufgegangen, das Publikum wartet und Europa ist vorbereitet, die Szene zu betreten und zu agieren.

### Fazit

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam die Gefahr einer neuen Europa-Skepsis abwehren. Diese ist nun nicht mehr das Monopol einiger weniger Länder. In jedem Mitgliedstaat gibt es Menschen, die der Überzeugung sind, ihr Land könne in der globalisierten Welt allein überleben. Dies ist mehr als nur eine Illusion:  
Es ist eine Lüge!

Franklin Roosevelt drückte es so aus: „Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst.“ Europas größter Feind ist heute die Furcht. Furcht

führt zu Egoismus, Egoismus führt zu Nationalismus und Nationalismus führt zu Krieg („le nationalisme, c'est la guerre“ – F. Mitterand). Der heutige Nationalismus ist häufig kein positives Gefühl des Stolzes auf die eigene Identität mehr, sondern vielmehr ein negatives Gefühl der Angst vor den anderen.

Es ist die Furcht vor „Feinden“ dies- und jenseits unserer Grenzen. Dieses Gefühl ist in ganz Europa zwar nicht bei der Mehrzahl der Menschen, aber doch überall verbreitet. Am Anfang unserer Union stand der Wille zu Zusammenarbeit, Aussöhnung und Solidarität. Furcht führt zu Lähmung, Antriebslosigkeit oder – schlimmer noch – zu Protektionismus in Europa und weltweit. Diejenigen, die den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand fürchten, führen am Ende genau die Situation herbei, die sie vermeiden wollten.

Nichts wurde jemals auf Angst gebaut. Die Europäer der ersten Stunde – Monnet, Adenauer, Spaak –, sie waren ambitioniert, nicht kleinmütig. Die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands haben ihre Angst beiseite geschoben und so den Terror des Kommunismus überwunden.

Unser Europa steht für eine offene, nicht eine geschlossene Gesellschaft. Aber eine offene Gesellschaft mit Regeln und Werten, mit einem Projekt, mit einer positiven Identität. Letztlich respektieren die Menschen Führungspersönlichkeiten, die 'rassembleurs' sind, die einigend wirken. Ohne Hoffnung und Tatkraft kann aber nichts Großes erreicht werden. Wir müssen deshalb Männer und Frauen der Hoffnung sein. Hoffnung, gegründet auf Ergebnisse in der Vergangenheit, Hoffnung, genutzt für die Gestaltung der Gegenwart, Hoffnung, als Antrieb für eine bessere Zukunft.

Die europäische Idee ist das erfolgreichste und freizügigste Projekt in der Welt seit 1945. Sie hat den ganzen Kontinent vereinigt und den Menschen Frieden und Wohlstand gebracht. Heute haben die 500 Millionen Frauen und Männer in unserer Union damit ein Fundament, auf dem sie ein besseres Europa für morgen bauen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns also unsere Erfahrungen nutzen und vor allem unsere Hoffnungen leben!



## Mehr Begeisterung für Europa

Sehr geehrter Herr Präsident Van Rompuy, ich glaube, am Applaus haben Sie gesehen, wie Ihre Rede hier in Berlin angekommen ist. Ganz herzlichen Dank dafür. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, lieber Herr Bundespräsident von Weizsäcker, Eminenz, lieber Herr Dr. Pöttering, lieber Herr Dr. Hassemer, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das war nicht die erste Rede zum Thema Europa, aber es war zum ersten Mal „Die Europa-Rede“ hier in Berlin. Und noch einmal Herr Präsident Van Rompuy, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie es unternommen haben, als Erster in dieser neuen Reihe zu Europa hier zu sprechen. Und Sie haben den richtigen Ton gefunden, Sie haben die richtigen Themen gewählt, Sie haben die Menschen angesprochen und Sie haben auch für die Europäische Union neue Aussichten aufgezeigt, sei es, die Frage einer Erweiterung, sei es die Rolle der Europäischen Union in einer globalisierten Welt oder sei es die Bedeutung und Wichtigkeit des Euro.

Als vor einigen Monaten Volker Hassemer auf die Robert Bosch Stiftung zukam mit der Idee einer „Europa-Rede“ und wir uns dann mit Herrn Dr. Hans-Gert Pöttering hier in Berlin getroffen haben, um darüber zu reden, war es ein Leichtes, die Robert Bosch Stiftung davon zu überzeugen, dass es eine gute Idee ist, hier mitzuwirken und diese „Europa-Rede“ zu ermöglichen. Der heutige Abend hat mich ausdrücklich darin bestärkt, dass dies gut war.

Dr. Hans-Gert Pöttering hat schon den Ausspruch von Jean Monnet zu Institutionen und Menschen erwähnt. Ich will sagen, europäische Institutionen gibt es viele, aber wirkliche Europäer gibt es leider noch nicht genug. Auf dem Weg vom Flughafen nach Mitte fragte mich der Taxifahrer, ob ich denn heute einen gemütlichen Abend haben werde. Ich sagte: Nein, ich gehe zur „Europa-Rede“. Er wusste von dieser „Europa-Rede“ und er wusste, dass Sie, Herr Präsident, heute hier in Berlin sprechen. Aber er



kam dann auch sehr schnell mit europakritischen Äußerungen und meinte: Das passt alles nicht richtig zusammen und das funktioniert nicht und jeder ist egoistisch und hat seine eigenen Ideen. Ich habe ihn dann erst mal gefragt: Haben Sie eine Alternative? Und da wurde er nachdenklich. Und als er dann meinte: Ja, und wenn mal irgendwo in Frankreich was passiert und es zu Schwierigkeiten kommt, dann denken die nur an sich und dann fällt alles auseinander. Darauf sagte ich: Ja, was glauben Sie, wenn Bayern mal in Schwierigkeiten kommt, fällt dann die Bundesrepublik auseinander? Da meinte er: Nein, wohl kaum.

Ich glaube aber, und das ist der wichtige Punkt, wir müssen mehr auf die Leute zugehen, wir brauchen mehr Emotionen für Europa, wir brauchen mehr Begeisterung. Wir brauchen mehr Dialog mit den Bürgern, wenn wir ihnen Ideen nahebringen wollen. Die Bürger wollen heute mehr denn je mitgenommen werden und sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass die Politiker schon alles richtig durchdacht haben und für vernünftig halten. Sie wollen mehr von dem Richtigen und Vernünftigen überzeugt werden. Und deswegen wollen, ja, müssen wir mehr über Europa sprechen. Deswegen müssen die Repräsentanten Europas mehr ins Rampenlicht treten. Europa muss mit Gesichtern, nicht mit Institutionen verbun-

den werden. Heute ist dafür ein Anfang getan. „Die Europa-Rede“, die künftig jedes Jahr am oder um den 9. November in Berlin stattfinden soll, kann und wird eine gute Gelegenheit sein, mehr Bürger von Europa zu überzeugen und für Europa zu gewinnen.



Verehrte Frau Bundeskanzlerin, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie es unternommen haben, heute vor dieser „Europa-Rede“ zu sprechen und eine Einführung zu geben. Sie haben damit die Bedeutung, die dieser Rede zukommt, in besonderer Weise unterstrichen, ganz herzlichen Dank dafür. Lassen Sie mich aber zum Schluss noch einen weiteren Dank aussprechen, nämlich an Jens Peter Maintz, der für die musikalische Umrahmung sorgt. Jens Peter Maintz ist ein international bekannter Cellist. Er studierte bei David Geringas und besuchte Meisterkurse bei Heinrich Schiff, Boris Pergamenschikow und Siegfried Palm. Seit 2004 ist er Professor für Violoncello an der Universität der Künste in Berlin als Nachfolger von Wolfgang Boettcher.



## Impressum

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 26996-0  
Telefax: +49 (0)30 26996-3261  
redaktion@kas.de  
www.kas.de

Stiftung Zukunft Berlin  
Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 2639229-0  
Telefax: +49 (0)30 2639229-22  
mail@stiftungzukunftberlin.eu  
www.stiftungzukunftberlin.eu

Robert Bosch Stiftung  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart  
Telefon: +49 (0)711 46084-0  
Telefax: +49 (0)711 46084-94  
info@bosch-stiftung.de  
www.bosch-stiftung.de

### Verantwortlich

Andreas Kleine-Kraneburg  
Leiter der Akademie der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

### Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

### Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung, Marco Urban

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-942775-11-3

